

Streik und sozialer Protest

TORSTEN BEWERNITZ, HEINER DRIBBUSCH

Stillstand am Frankfurter Flughafen, Generalstreiks in Spanien und Griechenland oder Massenproteste gegen die Arbeitsbedingungen auf den Baustellen der Fußballweltmeisterschaft – Streik und sozialer Protest haben wieder einen festen Platz in den Nachrichten. Sie sind sichtbare Zeichen der fortbestehenden Instabilität einer ökonomischen Ordnung, die ohne Ausbeutung und soziale Spaltung nicht zu haben ist. Dabei zielen die meisten der gegenwärtig zu beobachtenden sozialen Auseinandersetzungen nicht auf Überwindung des Kapitalismus, sondern auf Teilhabe. Aller Beschwörung von Chancengerechtigkeit zum Trotz dominieren Verteilungskonflikte. In diesen verfügt die Kapitaleseite in den Industriestaaten, die wir überblicken, derzeit über ein strukturelles Übergewicht und die Beschäftigten befinden sich, wenn auch nicht in jedem Einzelkonflikt, so doch in der Gesamtkonstellation eher in der Defensive. Dies gilt für die gesellschaftlichen Proteste gegen die Auflagenpolitik der Troika in den sogenannten Defizitländern ebenso wie für den Kampf um den Mindestlohn in der Gebäudereinigung. Letzterer zeigt zugleich, dass Defensive nicht automatisch Niederlage heißt.

Streiks haben kein über längere Zeiträume stabiles Subjekt: die sie tragenden Gruppen wechseln und ihre Zusammensetzung ändert sich. Konflikte und Veränderungen in Produktion und Wertschöpfungsketten halten die Welt der Arbeit im Fluss. Was heute Normalarbeitsverhältnis ist, muss es morgen nicht bleiben. Wer zum Kern der Lohnarbeit und wer zum prekären Rand gehört, wer formell und wer informell beschäftigt ist, wird nicht zuletzt durch Gesetzgebung bestimmt. Dies ist besonders in Indien sichtbar, wo 90 % aller Beschäftigten „informalisiert“ sind. Die damit verbundenen Probleme sind aber keineswegs auf dieses Land beschränkt.

Streiks und Gewerkschaften bilden in der allgemeinen Wahrnehmung aus gutem Grund eine Einheit. Noch immer besteht in vielen Ländern ein stabiler, wenn auch nicht exklusiver Zusammenhang zwischen gewerkschaftlicher Präsenz und Arbeitskampf. Dies bedeutet freilich nicht, dass den Gewerkschaften automatisch in sozialen Auseinandersetzungen die Führungsrolle zufällt. In Rumänien zeigt sich beispielhaft für andere Länder Osteuropas, dass das realsozialistische Erbe und die innere Verfasstheit vieler Gewerkschaften diese nicht nur schlecht auf die neuen Herausforderungen vorbereitet, sondern ihren Gegnern auch ihre Entmachtung erleichtert hat. Und in Westeuropa sind – mit Blick auf die Massenproteste gegen die Austeritätspolitik in Griechenland und Spanien – die Gewerkschaften zwar ein wichtiger Akteur der gesellschaftlichen Opposition, aber keineswegs immer deren führende und vorwärtstreibende Kraft.

Im staatlichen Umgang mit diesen Konflikten werden unterschiedliche Strategien von Repression und institutioneller Einhegung verfolgt. Wie die Kräfteverhältnisse in den Auseinandersetzungen um die Zukunft des Sozialstaates in Europa derzeit aussehen, zeigt sich daran, dass die Protestbewegungen bisher weder in einem der betreffenden Länder noch in

den Spitzengremien der Europäischen Union zu einer Kurskorrektur, geschweige denn zu einer Abkehr von der autoritären Sparpolitik geführt haben. Ein Grund dafür ist die weitgehende Handlungsschwäche der Gewerkschaften auf der europäischen Ebene, deren uneinheitliches Auftreten ein Spiegelbild der wirtschaftlichen und sozialen Spaltung Europas ist.

In Deutschland, wo sich anlässlich der europäischen Krisenproteste wenig tat, haben gleichwohl nach Jahren systematischen Sozialabbaus Fragen der sozialen Gerechtigkeit wieder an Gewicht gewonnen. Die Arbeitskampfhäufigkeit hat auffallend zugenommen. Konflikte um Tarifbindung, gegen Niedriglöhne oder schlicht um angemessene Entgeltsteigerungen stoßen häufig auf öffentliche Zustimmung. Auch wirkt sich die offensivere Konfliktorientierung verschiedener Gewerkschaften vielfach positiv auf ihre Verankerung aus.

Streik und sozialer Protest haben viele Facetten und erweisen sich, trotz des globalen Hintergrunds der Krise, als multikausal und pluralistisch. Für das Verständnis von Streik und sozialem Protest halten wir eine Kontextualisierung für unabdingbar. Nicht alles, was gleich aussieht, ist auch gleich. Streik und sozialer Protest sind voraussetzungs- und streikende wie Protestierende haben, jenseits von Verzweiflungsaktionen, meist ein pragmatisches Verhältnis zu den Auseinandersetzungen, die sie führen. Entscheidender Maßstab ist ihr Ergebnis. Dies sehen Regierungen und Unternehmen nicht anders. Auch sie wissen, dass nichts anregender auf soziale Bewegungen wirkt als der Erfolg.

Das vorliegende Schwerpunktheft versammelt Beiträge, von denen wir glauben, dass sie neue Einblicke in das derzeitige Streik- und Protestgeschehen vermitteln. Das Augenmerk liegt auf Auseinandersetzungen um Krisenpolitiken und auf Konflikten mit Bezug zur Arbeitswelt und den Gewerkschaften. Wir sind uns bewusst, dass diese nicht das globale Streik- und Protestgeschehen in der ganzen Vielfalt seiner Formen und Inhalte repräsentieren. Aber sie sind Beispiele für ein plurales Streik- und Protestgeschehen, das deutlich macht, dass Kämpfe um materielle und demokratische Teilhabe ihre Relevanz nicht eingebüßt haben. ■

KONZEPT UND KOORDINATION DES SCHWERPUNKTHEFTES

TORSTEN BEWERNITZ, Dr., ist Politologe und arbeitet als freier Wissenschaftler.

@ torsten.bewernitz@uni-muenster.de

HEINER DRIBBUSCH, Dr., ist Wissenschaftler im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

@ heiner-dribbusch@boeckler.de